

Antrag Ini01: Unsere Demokratie muss wehrhaft bleiben – Parteiverbotsverfahren gegen die AfD JETZT einleiten

Laufende Nummer: 67

Antragsteller*in:	UB Aachen, UB Städteregion Aachen, UB Bochum, UB Dortmund, UB Düsseldorf, UB Essen, KV Euskirchen, UB Gelsenkirchen, UB Köln, UB Leverkusen, UB Märkischer Kreis, OV Meerbusch, UB Mönchengladbach, UB Münster, KV Paderborn, KV Recklinghausen, KV Rheinisch-Bergischer Kreis, AfA NRW, AfB NRW, AG Migration und Vielfalt NRW, AG 60 plus NRW, SPD Frauen NRW, NRWJusos, NRWSPDqueer
Status:	zugelassen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 22 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 24 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung

1 Der Landesparteitag der NRWSPD möge beschließen:

2 Die NRWSPD fordert die Mitglieder des SPD-Parteivorstands und der SPD-
3 Bundestagsfraktion sowie die (sozialdemokratischen) Mitglieder der Bundesregierung und
4 der sechzehn Landesregierungen auf, unverzüglich die notwendigen Schritte
5 zur Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die „Alternative für Deutschland“
6 (AfD) zu unternehmen.

7 Nach der jüngsten Neubewertung des Bundesamts für Verfassungsschutz, wonach es sich
8 bei der AfD um eine erwiesenen rechtsextremistische Bestrebung handelt, ist der
9 Zeitpunkt gekommen, nicht nur politische, sondern auch juristische Konsequenzen zu
10 ziehen. Nicht ohne Grund sieht Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes die Möglichkeit
11 eines Parteiverbotsverfahrens zum Schutz unserer Demokratie vor.

12 Die SPD ist es ihrer Geschichte schuldig, sich allen Feinden der Demokratie
13 entschlossen entgegenzustellen. Vor allem aber haben wir eine Verantwortung gegenüber
14 allen Menschen, die sich durch die AfD bedroht, ausgegrenzt oder entmenslicht
15 fühlen. Menschen, die Angst um ihre Sicherheit, ihre Würde und ihre Zukunft in diesem
16 Land haben. Menschen, für die das Grundgesetz nicht nur ein Versprechen, sondern eine
17 tägliche Schutzlinie ist.

18 Unsere Demokratie ist wehrhaft – und sie muss es auch bleiben. Als
19 Sozialdemokrat:innen tragen wir eine besondere Verantwortung, sie dabei zu
20 unterstützen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich rechtsextremistische Ideologien
21 weiter in unseren Institutionen festsetzen, demokratische Prozesse unterwandern und

Empfehlung der Antragskommission:

22 ~~unsere Gesellschaft spalten.~~

unsere Gesellschaft spalten.

Deshalb muss auch klar sein: Gegenüber Rechtsextremen darf es keine politische Neutralität geben. Verfassungsfeindlichkeit ist keine Meinung unter vielen. Das muss unter anderem im Hinblick auf die Besetzung von Podien deutlich werden. Niemand und erst recht keine Bildungseinrichtungen dürfen dazu gezwungen werden, Verfassungsfeinden eine Bühne zu bieten. Hier braucht es eine gemeinsame Haltung aller demokratischen Kräfte.

23 Ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD ist kein einfacher, aber ein notwendiger

Empfehlung der Antragskommission:

24 ~~Schritt. Er ist Ausdruck unserer Entschlossenheit, unsere Demokratie zu verteidigen.~~

Schritt. Er ist Ausdruck unserer Entschlossenheit, unsere Demokratie zu verteidigen.

Zugleich wissen wir: Die AfD mit allen juristischen Mitteln eines wehrhaften Rechtsstaats zu bekämpfen ist das eine. Das andere ist es, sie effektiver als bisher politisch zu bekämpfen. Hier müssen wir uns auch selbstkritisch hinterfragen, warum so viele Menschen der AfD ihre Stimme geben – insbesondere bei denen, die früher in der Sozialdemokratie ihre Vertretung gesehen haben. Um diese Bürger*innen müssen wir kämpfen und sie wieder vom demokratischen Spektrum überzeugen. Dafür setzen wir auf eine Politik, die die alltäglichen Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt stellt und die dafür sorgt, dass ihr Alltag endlich wieder funktioniert. Wir erneuern das Aufstiegs- und Freiheitsversprechen, das ihnen mehr Hoffnung gibt und die Angst vor der Zukunft nimmt. Genau deshalb investieren wir jetzt nicht in irgendetwas Abstraktes, sondern ganz konkret in die Kitas und Schulen vor Ort, in die Straße und Brücken, Schwimmbäder und Fußballplätze und damit in den Zusammenhalt unter den Menschen. Denn da, wo wir uns aus ganz unterschiedlichen Richtungen wieder begegnen, entsteht Verständnis füreinander.

Wir sind nicht naiv. Eine gerechte und in die Zukunft gerichtete Politik wird überzeugte Rechtsradikale nicht wieder zur Demokratie zurückholen. Aber wir sind entschlossen, um die vielen anderen Bürger*innen zu kämpfen, die zurzeit den Eindruck haben, dass ihre Sorgen und Ängste zu wenig Gehör finden. Sie wieder von der Sozialdemokratie zu überzeugen – auch das ist unsere Aufgabe.

Begründung

Die AfD ist keine normale Partei innerhalb des demokratischen Spektrums. Sie steht nicht nur ein bisschen rechts. Ihre Mitglieder sind Feinde unsere Demokratie und unseres Grundgesetzes. Sie hat sich längst von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verabschiedet. Ihre Aussagen, Anträge und politischen Ziele stehen im Widerspruch zu den Grundwerten unseres Landes. Die jüngste Einstufung durch den Verfassungsschutz bestätigt, was viele Demokrat:innen seit Jahren beobachten: Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei – und damit ein Fall für das Bundesverfassungsgericht.

Die SPD muss jetzt handeln. Gemeinsam, entschlossen und im Sinne aller Menschen, die unsere demokratische Gesellschaft aufbauen, schützen und erhalten wollen.

Antrag Ini02: Streik bei den Ford-Werken in Köln – Unterstützung und Solidarität jetzt

Laufende Nummer: 68

Antragsteller*in:	UB Köln
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Die IG Metall Mitglieder bei den Kölner Ford-Werken haben bei einer Urabstimmung bei
2 einer Wahlbeteiligung von 95,7% mit 93,5% Ja-Stimmen für einen Arbeitskampf zur
3 Durchsetzung eines Sozialtarifvertrags gestimmt. Nötig geworden ist das, weil der
4 Ford-Mutterkonzern die Patronatserklärung für den Standort Köln gekündigt hat. Damit
5 ist das Werk akut von Insolvenz bedroht. Die amerikanischen Eigentümer versuchen auf
6 diese Weise einen Stellenabbau gegen die bestehende Beschäftigungssicherungszusage
7 durchzusetzen.

8 Die NRWSPD steht geschlossen und solidarisch an der Seite der Beschäftigten, des
9 Betriebsrates und der IG Metall in deren Kampf für eine gute Perspektive des Ford-
10 Werkes Köln. Es muss jetzt alles getan werden, eine gute Perspektive für das Kölner
11 Werk zu entwickeln. Dabei sind alle gefragt – Stadt, Land, Bund und EU. Denn Ford ist
12 systemrelevant für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen.

13 1. CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst muss Ford jetzt endlich nach ganz oben auf
14 die landespolitische Tagesordnung setzen. Er muss dazu auch direkte Gespräch
15 mit dem Ford-Management in den USA führen. Industriepolitik ist auch
16 Landespolitik. Wir schließen uns der Forderung der SPD-Landtagsfraktion an die
17 Landesregierung an, auch im Interesse von Ford, einen 30 Mrd.
18 Transformationsfonds aufzunehmen und zügig umzusetzen.

19 2. Die Bundesregierung muss dringend die Wiedereinführung einer attraktiven
20 Kaufprämie für Elektroautos bzw. Umtauschprämie beim Umstieg vom Verbrenner auf
21 Elektroauto durchführen. Neben einer Kauf- oder Umtauschprämie als Anreiz zum
22 Umstieg schlagen wir Steuerbegünstigungen und schnellere Abschreibungen für
23 dienstliche E-Fahrzeuge vor.

24 3. Der Bund soll E-Auto-Kleinkredite für Haushalte mit kleinem Einkommen anbieten:
25 Zusätzlich zur Kaufprämie oder Umtauschprämie erhalten Haushalte mit kleinem
26 Einkommen einen zinsgünstigen Kleinkredit für den Kauf oder das Langzeitleasing
27 eines Elektroautos nach französischem Vorbild.

28 4. Der Bund muss durch einen Steuernachlass den Ladestrom deutlich preiswerter
29 machen. Die Kosten für das Laden von Elektroautos sind ein zentrales Hindernis
30 für den Umstieg. Eine Absenkung der Strompreise für das Laden von
31 Elektrofahrzeugen, etwa durch eine gesetzliche Neuregelung der EEG-Umlage oder
32 spezielle Tarife, ist dringend erforderlich. Ein Weg: Die Absenkung der
33 Netzentgelte auf 3 Cent.

34 5. Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Investitionen in Forschung
35 und Entwicklung und die Mittel für nachhaltige Antriebe Innovationen in der
36 Batterieproduktion, bei alternativen Antrieben und Recyclingtechnologien massiv

- 37 ausgeweitet werden.
- 38 6. Ein "Zukunftsfonds Automobilwirtschaft" muss geschaffen werden, der Unternehmen
39 bei der Transformation hin zu nachhaltiger Mobilität unterstützt und
40 Qualifizierungsprogramme für die Beschäftigten fördert.
- 41 7. Wir brauchen einen Deutschland-Bonus für Batterieproduktion. Um neue
42 Arbeitsplätze zu schaffen und unabhängiger von störanfälligen, globalen
43 Lieferketten zu werden, sollen Batterieproduzenten unterstützt werden, die in
44 Deutschland forschen und fertigen. Dabei müssen gezielt die Standorte der
45 Automobilproduktion gestärkt und um die Batterieproduktion aufgewertet werden.
46 Hier bietet das Ford-Gelände in Köln beste Voraussetzungen. Daher muss auch die
47 Kölner Stadtverwaltung alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Ansiedlung der
48 entsprechenden Unternehmen und die Transformation der erforderlichen Flächen
49 aktiv anzugehen.